
»Helft uns siegen!« Sammlungen während des Ersten Weltkrieges in und um Leipzig

Gerald Kolditz

Kriegsanleihen

Bereits wenige Wochen nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren bei allen kriegführenden Staaten enorme Kosten für dessen Finanzierung aufgelaufen, die sie auf unterschiedliche Weise zu großen Teilen durch die eigene Bevölkerung aufbringen ließen. Schon die erste Woche der Mobilmachung und des Truppenaufmarsches kostete das Deutsche Reich mehr als 600 Millionen Mark und überstieg den nach 1871 gebildeten »Reichskriegsschatz« in der Zitadelle Spandau um das Fünffache. In der Folge verschlang jeder Kriegstag durchschnittlich 60 bis 80 Millionen Mark. Während Frankreich und Großbritannien den Krieg hauptsächlich über Steuererhöhungen finanzierten, bevorzugte man in Deutschland, Österreich-Ungarn und in Russland die Auflage mehrerer Kriegsanleihen, durch die am Ende in Deutschland rund 60 Prozent der Kriegskosten finanziert werden konnten.

Obwohl die Oberste Heeresleitung des Deutschen Reiches im September 1914 noch an einen baldigen Sieg der Mittelmächte glaubte, war schon zu dieser Zeit klar, dass die Inanghaltung der Kriegsmaschinerie und die damit verbundenen Aufwendungen für Ausrüstung, Munition, Waffen und Militärtechnik, Verpflegung und Transporte die finanziellen Reserven des Reiches rasch aufzehren würden. Daher entschloss sich die Reichsleitung (»Reichsregierung«) gemeinsam mit dem Reichsbank-Direktorium nach vorangegangener Ermächtigung durch den Reichstag zur Auflage einer mit je 5 Prozent fest verzinslichen Deutschen Reichsanleihe (Schuldverschreibungen) sowie der öffentlichen Zeichnung von Reichsschatzanweisungen, die bis zum 1. Oktober 1924 unkündbar sein sollten. Beide Formen der Aufbringung von Geldern wurden fortan als Kriegsanleihen bezeichnet. In allen Zeitungen und Zeitschriften wurde seit Mitte September lebhaft für die Beteiligung an den Kriegsanleihen als »patriotische Pflicht« jedes guten Deutschen zur Unterstützung der kämpfenden Söhne, Brüder, Ehemänner an den Fronten des Krieges geworben.

Die Zeichnung von Kriegsanleihen konnte bei jeder Filiale der Reichsbank, bei sämtlichen deutschen Banken, bei jeder Sparkasse und Lebensversicherungsanstalt erfolgen. Die Schatzanweisungen und Reichsanleihen wurden in Stückelungen von 100 bis 100 000 Mark mit entsprechenden Zinsscheinen ausgefertigt, womit sowohl die kleinen und mittleren Sparer als auch die Großkapitalisten angesprochen wurden. Für je

100 Mark Nennwert wurden 97,30 Mark (Reichsanleihe) bzw. 97,50 Mark (Schatzanweisungen) in das Reichsschuldbuch eingetragen. Die Verzinsung der Reichsanleihen begann bereits am 1. Oktober 1914 und ab April 1915 konnten die ersten Zinsscheine (Coupons) eingelöst werden, während die Tilgung der Schatzanweisungen erst ab Oktober 1918 beginnen sollte. Die Zeichnungsscheine wurden auf Wunsch kostenfrei von dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin aufbewahrt und verwaltet.¹

Insgesamt erbrachte die 1. Kriegsanleihe bis zum Ende der Zeichnungsfrist am 19. September 1914 im Deutschen Reich rund 4,46 Milliarden Mark, wobei über zwei Milliarden Mark auf die kleinen Sparer mit Zeichnungen zwischen 200 und 500 Mark entfielen. Später konnten bereits mit kleineren Beträgen von 10 Mark und weniger Kriegsanleihen ab 100 Mark gezeichnet bzw. angezahlt werden, die über Beiträge einer Kriegsanleihe-Sparversicherung viertel- oder halbjährlich langfristig finanziert wurden. Damit sollten besonders die ärmeren Teile der Bevölkerung, die keine 100 oder mehr Mark auf einen Schlag entbehren konnten, in die Kriegsfinanzierung einbezogen werden (nach dem Motto »Kleinvieh macht auch Mist«). Diesem Ziel diente die Ausgabe von Kriegsanleihe-Sparkarten mit kleinteiligen Anteilscheinen zu 5, 10, 20 und 50 Mark (ab September 1917 zusätzlich 2 und 3 Mark).

Auch in Leipzig und Umgebung wurde in Tageszeitungen und Zeitschriften ab Mitte September massiv für die Zeichnung von Kriegsanleihen bei der Bevölkerung geworben, oft auf den Titelseiten und mit Werbebannern auf den Folgeseiten.² In häufig gleichlautenden Texten wurde betont, dass das Vaterland gerade jetzt dringend dieser Unterstützung bedürfe, es dabei aber nicht um ein Opfer, »... sondern um ein ausgezeichnetes Geschäft ...« ginge, bei dem »... zu billigem Kurse Wertpapiere von hervorragender Sicherheit mit ausgezeichneter Verzinsung ...« geboten würden.³ Das positive Ergebnis der 1. Kriegsanleihe und die stetig steigenden Kosten für die Fortsetzung eines immer länger andauernden Krieges veranlassten die Führung des Deutschen Reiches bis September 1918 zu acht weiteren Kriegsanleihen, die jeweils im März und September eines Jahres aufgelegt wurden. Obwohl der Kriegsalltag für große Teile der deutschen Bevölkerung mit zunehmenden Entbehrungen, Opfern und Belastungen verbunden war, lagen die Ergebnisse der 2. bis 9. Kriegsanleihe zwischen 9 und 15 Milliarden Mark und damit noch deutlich über der Zeichnungssumme der 1. Kriegsanleihe von 1914. Dies lag zu einem guten Teil an der Professionalisierung der Propaganda in Wort und Bild, am Einsatz von geschulten Vertrauensmännern in »Ortswerbeausschüssen« in allen Gemeinden und Städten, der fortgesetzten Beschwörung eines »Siegfriedens« bzw. »Endsieges«, für den das letzte Opfer gerade gut genug sei (sonst wären alle bisherigen Opfer und Ver-

1 Illustrierte Zeitung, Leipzig, Berlin, Wien, Budapest, New York vom 17. September 1914, S. 1.

2 Ebd. sowie als weitere Beispiele: Leipziger Zeitung vom 16. und 17. September 1914; Markranstädter Tageblatt vom 10. bis 18. September 1914.

3 Leipziger Zeitung vom 15. und 17. September 1914.

luste vergebens gewesen) und des starken Engagements der beiden großen Kirchen und von Behörden aller Art. So erhielt die Kreishauptmannschaft Leipzig am 30. August 1915 vom Sächsischen Innenministerium 90 Druckschriften mit den Anleihebedingungen und 18 000 Merkblätter für die ab 4. September anlaufende 3. Kriegsanleihe mit der Aufforderung zugesandt, diese nicht nur umgehend an die nachgeordneten Behörden im Bezirk (Amtshauptmannschaften und Städte) weiterzuleiten, sondern sich auch aktiv für die Propagierung der vaterländischen Pflichten durch wiederholte Bekanntmachungen in Zeitungen und durch Vorträge in Vereinen einzusetzen.⁴ Die massive Werbung für die Kriegsanleihen seitens der Staatsbehörden und Kommunen wurde bei der 4. und den folgenden Kriegsanleihen noch gesteigert, indem in Sachsen z. B. stärker als bisher die Lehrer an den höheren Schulen einschließlich Privatlehranstalten als Propagandisten für die Kriegsanleihe herangezogen wurden.⁵ Seit der 5. Kriegsanleihe im September 1916 setzte man von der zentralen Ebene abwärts bei der Werbung massenwirksame neue Medien wie Kinematographie, Fotos und Bildplakate ein, die eine eindringliche Wirkung bei der Bevölkerung zeigten. (*Abb. 1*). Die teilweise von namhaften Künstlern wie Fritz Erler, Otto Lietz oder Bruno Paul entworfenen Bildplakate lösten ab Herbst 1916 die bisherigen reinen Schriftplakate ab und wurden auch als Postkarten massenhaft verbreitet.

In den sächsischen Amtshauptmannschaften wurde ein dichtes Netz von Werbedistrikten geschaffen, in denen jeweils ehrenamtliche Obmänner und Vertrauensleute aktiv für die Zeichnung von Kriegsanleihen agitierten (lediglich die Auslagen wurden vom Staat beglichen). Bei der Reichsbankhauptstelle Leipzig wurde für die 6. Kriegsanleihe vom März 1917 die gewaltige Summe von über 184 Millionen Mark gezeichnet, die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt erzielte 138 Millionen Mark und die Sparkasse der Stadt Leipzig konnte auf rund 10 Millionen Mark für Reichsanleihen, Anteilscheine und Schatzanweisungen im Rahmen dieser Kriegsanleihe verweisen.⁶ Weitere knapp 6,8 Millionen Mark Zeichnungskapital kamen bei den übrigen 16 Sparkassen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig von Böhlitz-Ehrenberg bis Zwenkau zusammen.⁷ In einem ausführlichen Bericht informierte der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Dittrich die Kreishauptmannschaft Leipzig am 10. Mai 1917 über die Ergebnisse und Probleme im Zuge der 6. Kriegsanleihe in der Stadt. Er berichtete unter anderem über erfolgreiche Werbungen an den Leipziger Schulen, wo von über 15 000 Schülern und Eltern fast 610 000 Mark Kriegsanleihe gezeichnet wurden, aber auch von fehlenden oder unzureichend bereitgestellten Anteilscheinen durch die Reichsbank.⁸ Zahlreiche Kundgebun-

4 Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig (künftig StA-L), 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 642 (Band 1), Die Kriegsanleihen betr., Bl. 5.

5 Ebd., Bl. 78.

6 Ebd., Bl. 193–227.

7 Ebd., Bl. 209.

8 Ebd., Bl. 221–227.



Abb. 1: Propagandakarte zur 5. Kriegs-anleihe vom September 1916 nach einem Entwurf von Fritz Erler (private Sammlung)

gen, Versammlungen und Vorträge begleiteten die Kriegs-anleihepropaganda, die nicht nur von Verwaltungsbehörden, sondern auch von wirtschaftlichen Körperschaften, politischen Parteien und Vereinen sowie den Banken und Sparkassen selbst getragen wurden. So starteten die sächsischen Handelskammern Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zittau im September 1917 unter der Losung »Das Vaterland braucht Geld!« eine gemeinsame Werbekampagne mit Aufrufen zu Zeichnungen für die 7. Kriegs-anleihe.⁹ Im großen Saal des Leipziger Zentraltheaters fand aus gleichem Anlass am 13. Oktober 1917 eine gut besuchte Kundgebung von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft mit einem Vortrag des geheimen Justizrates Dr. Junck über »Politische und wirtschaftliche Betrachtungen zur 7. Kriegs-anleihe« statt. Bei der von der Handelskammer und der Gewerbekammer Leipzig sowie dem Landwirtschaftlichen Kreisverein organisierten Veranstaltung traten auch Bürgermeister Roth, Oberkirchenrat Cordes, der Rektor der

⁹ StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 642/1, Kriegs-anleihen betr. (Band 2), Bl. 67–69.

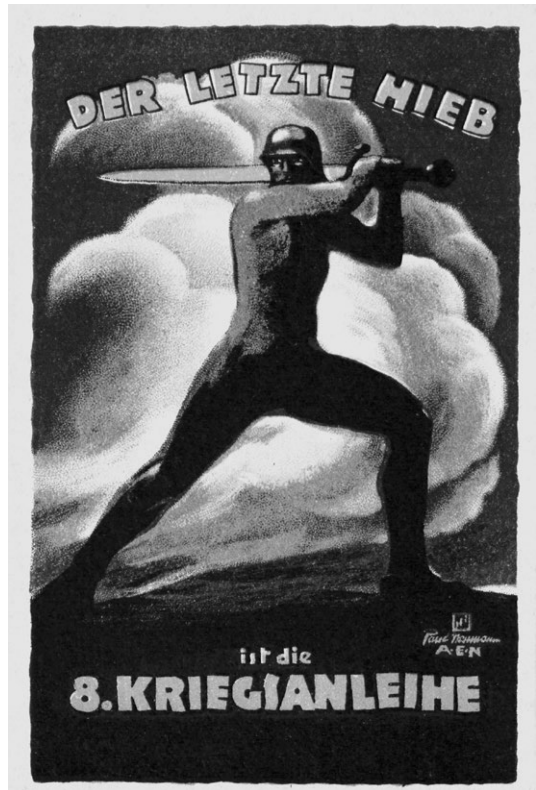


Abb. 2: Propagandakarte zur 8. Kriegsanleihe vom März 1918 (private Sammlung)

Universität Leipzig Stieda sowie exponierte Vertreter der Veranstalter als Redner auf.¹⁰ Zum Ende der Zeichnungsfrist der 7. Kriegsanleihe am 18. Oktober 1917 waren allein bei der Leipziger Sparkasse 3 129 Zeichnungen von Beträgen ab 100 Mark aufwärts mit einer Gesamtsumme von 2 435 700 Mark durch Einzelpersonen und Stiftungen erfolgt.¹¹ Auch im Leipziger Umland waren die Werber erfolgreich; so wurden z. B. in der Amtshauptmannschaft Borna von 12 Sparkassenfilialen und acht weiteren Banken und Versicherungen über 11 Millionen Mark Kriegsanleihe gezeichnet.¹² Insgesamt gelang trotz der anhaltend schwierigen Versorgungslage im Land und dem nicht absehbaren Kriegsende bei überwiegend starren Fronten nochmals eine Steigerung der Einnahmen für die 7. Kriegsanleihe. In regelmäßigen Abständen trafen sich die Obmänner und Vertrauensleute für die Kriegsanleiheagitation mit führenden Vertretern der Reichsbank, der Verwaltung, der Kirchen und politischen Organisationen sowie Wirtschaftsfachleu-

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd., Bl. 82.

¹² Ebd., Bl. 90.

ten zu Versammlungen, bei denen die Werbestrategien und Argumente für die kommenden Kriegsanleihen beraten wurden. Eine dieser Versammlungen fand mit rund 150 Beteiligten am 22. Februar 1918 unter dem Vorsitz des Leipziger Kreishauptmanns Carl Ludwig Franz von Burgsdorff im Stadtverordnetenversammlungssaal statt.¹³ Dabei wurde unter anderem bekanntgegeben, dass im Bezirk der Kreishauptmannschaft Leipzig bei der 6. Kriegsanleihe im März 1917 insgesamt 234,5 Millionen Mark und bei der 7. Kriegsanleihe im September 1917 rund 239,7 Millionen Mark eingenommen wurden.¹⁴ (*Abb. 2*)

Bis zu dem für Deutschland katastrophalen Kriegsende folgten noch zwei weitere Kriegsanleihen, mit deren Hilfe die Finanzierung der Kriegsmaschinerie bis zum bitteren Ende aufrechterhalten werden konnte. Schon ab 1916 reichten aber die durch Kriegsanleihen aufgebrauchten Mittel allein nicht mehr aus, sodass auch in Deutschland zum Mittel der Steuererhöhungen gegriffen werden musste. Durch die immer stärkere Geldentwertung nach Kriegsende schrumpften die realen Zinserträge aus den millionenfachen Kriegsanleihen immer stärker zusammen, bis diese schließlich in der Hyperinflation im Herbst 1923 faktisch wertlos wurden. Das Reich war damit auf einen Schlag seine enormen Langfristschulden zu Lasten seiner Bevölkerung losgeworden, die damit faktisch enteignet wurde.

Goldsammlungen

In zahlreichen Zeitungsartikeln, Vorträgen und Plakatanschlägen wurde die Bevölkerung unter dem Motto »Sammelt Gold für die Reichsbank« fast zeitgleich zu der massiven Werbung für die Kriegsanleihen dazu aufgerufen, ihr Goldgeld bei den Banken, Sparkassen oder Postämtern gegen Papiergeld einzutauschen. Dabei wurde an die euphorische Kriegsbegeisterung vom August 1914 angeknüpft und an das vaterländische Pflichtgefühl appelliert, fernab der Kriegsschauplätze auch seinen Teil zum Sieg beizutragen. So forderte beispielsweise das Markranstädter Tageblatt am 23. September 1914 seine Leser dazu auf, »... dieses Gold, je früher, desto besser, bei der Reichsbank, einer Großbank oder Postanstalt gegen gleichwertige Scheine einzutauschen und abzuliefern, und dass sie ein Unrecht begehen, wenn sie aus Gleichgültigkeit oder aus anderen Gründen das Gold in ihrem Besitz behalten«.¹⁵

Unmittelbar nach der Ausrufung des Kriegszustandes bzw. des Belagerungszustandes im gesamten Reichsgebiet am 1. August 1914 wurde per Reichsgesetz vom 4. August 1914 die bisherige Goldwährung durch eine Papiergeldwährung ersetzt und die Pflicht

13 Ebd., Bl. 185–243.

14 Ebd., Bl. 238.

15 Markranstädter Tageblatt (Amtsblatt des Stadtrates) vom 23. September 1914, S. 2.

zur Einlösung von Banknoten und Reichskassenscheinen in goldene 10- und 20-Markstücke rückwirkend zum 31. Juli aufgehoben. Gemäß einer damit einhergehenden Generalverordnung über die Ablieferung von Goldmünzen wurde ab sofort damit begonnen, alle sich noch im Umlauf befindlichen Goldstücke zugunsten der Reichsbank einzuziehen.¹⁶ Da der Reichskriegsschatz von 120 Millionen Goldmark und die 1913 gebildete Goldreserve des Reiches von 85 Millionen Goldmark rasch aufgebraucht waren, sollten möglichst schnell und umfassend die auf zwei bis drei Milliarden Mark geschätzten Bestände in gemünztem Gold aus dem Verkehr gezogen werden; in der Praxis zum überwiegenden Teil aus den Privathaushalten, wo es oft als Sicherheit für schlechte Zeiten zurückgehalten wurde. Zwar flossen den Banken und Sparkassen in den ersten Kriegsmonaten erhebliche Mengen an Goldmünzen zu, aber für die Beschaffung kriegswichtiger Güter und Rohstoffe benötigte das Reich auch angesichts der englisch-französischen Seeblockade mit zunehmender Kriegsdauer große Gold- und Devisenbestände als universelle Zahlungsmittel für die über neutrale Länder eingehenden Importe. Daher begann schon im September 1914 eine über die gesamten Kriegsjahre andauernde immer intensiver und eindringlicher werdende offizielle Kampagne vom Reich über die Bundesstaaten bis zur letzten Verwaltungsinstanz zur »Herauslösung« der letzten Goldreserven aus der Bevölkerung. Aus dem anfangs eher bittenden Ton wie »sammelt ...« oder »gebt Gold für die Reichsbank« wurden spätestens ab Mitte 1915 stärker fordernde Schlagzeilen in Zeitungsaufrufen, Handzetteln und Plakaten wie »Goldmünzen heraus!« in Verbindung mit der Aussage, wer sich hierbei verweigert, schädige das Vaterland.¹⁷ In diesem Sinne gingen auch die sächsischen Behörden bald aktiver und zum Teil auch rigider bei der Aufspürung von Goldstücken vor. Gemäß einer Verordnung des Sächsischen Innenministeriums vom 26. Oktober 1914 nahmen die Amtshauptmannschaften Kontrollen (im Verordnungstext werden die Begriffe »Revision« und »Nachschau« dafür verwendet) bei den in Sachsen befindlichen Arbeitern aus Feindstaaten (vorwiegend ethnische Polen mit russischer Staatsangehörigkeit) vor, um deren Goldmünzen auch gegen ihren Willen in Papiergeld zu tauschen. So meldete z. B. die Amtshauptmannschaft Döbeln dem Innenministerium am 17. November 1914 dahingehend Vollzug, dass »... bei den im hiesigen amtshauptmannschaftlichen Bezirke aufhältlichen ausländischen Arbeitern insgesamt 11 410 Mark in Goldmünzen vorgefunden und in Papiergeld umgewechselt worden sind. Die meisten Beträge wurden bei den Frauen, die sie auf der Brust trugen, vorgefunden. Das Umwechsellern fand keinen besonderen Widerstand.«¹⁸ Zur gleichen Zeit ersuchte die Amtshauptmannschaft Dresden das zuständige Stellvertretende Generalkommando um Zustimmung, von den russischen Arbeitern, die im Besitz größerer Mengen an deutschen Goldmünzen seien und zum Teil mehrere Hun-

16 StA-L, 20028 Amtshauptmannschaft Leipzig, Nr. 26663, Bl. 16.

17 StA-L, 21033 Reichsbankhauptstelle Leipzig, Nr. 1880 (unfol.).

18 StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 2043, Bl. 4.

dert Mark angesammelt hätten», ... das Goldgeld, im Notfalle zwangsweise, herauszufordern und gegen Papiergeld umzutauschen«. Um noch größere Goldmengen nutzbar zu machen, wurde zudem empfohlen, im gesamten Deutschen Reich so vorzugehen. Der stellvertretende kommandierende General zu Dresden (von Broizem) stimmte dem am 19. November 1914 zu und erklärte seine Bereitschaft, durch Strafandrohung den Zwangsumtausch in Papiergeld zugunsten der Reichskasse zu fördern.¹⁹ Dass dieses Vorgehen zumindest im Königreich Sachsen zur gängigen Praxis wurde, zeigte sich im Großraum Leipzig außer in dem bereits genannten Fall in Döbeln auch im Bericht der Amtshauptmannschaft Borna, wo im Zuge der Durchsuchung ausländischer Arbeiter nach Waffen »nebenbei« auch über 14000 Mark in Gold aufgefunden und durch die Gendarmerie in Papiergeld umgewechselt wurde.²⁰

Das Hauptaugenmerk bei der »Goldsammlung« lag jedoch nach wie auf der deutschen Bevölkerung in Stadt und Land, weshalb das Sächsische Innenministerium bereits Ende Oktober 1914 seine unterstellten fünf sächsischen Kreishauptmannschaften veranlasste, auf die Amtshauptmannschaften und Städte in ihrem Bezirk zur Verstärkung des Goldbestandes dahingehend einzuwirken, dass diese ggf. selbst die Sammlung des Goldes vor Ort organisieren.²¹ In der Folge nahmen die Sammlungsaktivitäten wieder zu, was vor allem eifrigen privaten Initiativen, Vereinen, landwirtschaftlichen Genossenschaften, den Eisenbahnverwaltungen, Zeitungen, Lehrern und Geistlichen zu verdanken war. Nicht nur die Banken und Postämter, sondern auch die Stadtverwaltung Leipzig und die Amtshauptmannschaften im Umland nahmen 1915 die gesammelten Goldmünzen entgegen, zahlten an die Einlieferer Papiergeld aus, dass ihnen die Reichsbank zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt hatte, und leiteten das Gold in größeren Tranchen an die Reichsbank weiter.²² Eine Verstärkung der Kampagne zur Goldsammlung richtete sich im Juli 1915 mit Anschlägen und Presseaufrufen nicht nur an die deutschen Bürger, sondern ausdrücklich auch an die Bauern, bei denen man offensichtlich noch größere Mengen gehorteter Goldmünzen vermutete. Mit Argumenten, dass Deutschland einerseits bei vielen Waren (auch für den zivilen Bedarf) auf die Einfuhr aus dem neutralen Ausland stark angewiesen sei und andererseits angesichts der Kriegslage kaum noch Devisen durch Exporte zu erzielen wären sowie unter Hinweis auf die Folgen für jeden Einzelnen durch Vernichtung von Kaufkraft und Wertverluste, sollte nochmals die Opferbereitschaft aller Bevölkerungsschichten in Stadt und Land geweckt werden.²³ Die Reichsbank ging zu diesem Zeitpunkt immer noch von mindestens einer Milliarde Goldmark in privaten Händen aus. Trotz aller Aufrufe und Appelle an die vaterländische Pflicht blieben die erzielten Sammlungsergebnisse weit hinter den Erwar-

19 Ebd., Bl. 3.

20 Ebd., Bl. 44.

21 StA-L, 20029 Amtshauptmannschaft Oschatz, Nr. 137, Bl. 1.

22 StA-L, 20462 Rittergut Lobstädt, Nr. 230, Bl. 171.

23 StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 2043, Bl. 38.

Abb. 3: Aufruf der Amtshauptmannschaft Oschatz vom 19. Juli 1916 (Auszug) zur Gold- und Juwelenabgabe (StA-L, 20029 Amtshauptmannschaft Oschatz, Nr. 137)



tungen zurück und sind nach den Berichten einiger sächsischer Amtshauptmannschaften seit dem Frühjahr 1915 weitgehend zum Stillstand gekommen.

Deshalb dehnte man Mitte 1916 die Sammlungstätigkeit auf goldenen Schmuck und Gebrauchsgegenstände aus Gold (z. B. Taschenuhren) aus. Im Juni 1916 verfügte das Sächsische Innenministerium über die ihm nachgeordneten Kreishauptmannschaften, überall im Lande ehrenamtlich geleitete Goldankaufstellen einzurichten, denen ein Ehrenausschuss aus vertrauenswürdigen Persönlichkeiten beratend zur Seite stehen sollte. Die Kreishauptmannschaft Leipzig lud in dieser Angelegenheit alle sechs unterstellten Amtshauptmannschaften (Borna, Döbeln, Grimma, Leipzig, Oschatz, Rochlitz) und die kreisfreie Stadt Leipzig zu einer gemeinsamen Versammlung am 20. Juni 1916 in die Alte Leipziger Handelsbörse am Naschmarkt ein.²⁴ Einen Monat später hatten sich in der Stadt Leipzig und den zum Kreis gehörenden Amtshauptmannschaften Ehren- und Arbeitsausschüsse gebildet, denen neben Spitzenbeamten aus der Verwaltung zahlreiche Honoratioren aus der Region wie Bank- und Fabrikdirektoren, Rittergutsbesitzer, Schuldirektoren und Oberlehrer, Pfarrer und Apotheker angehörten. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung in Leipzig und Umgebung durch Plakatschläge im Außenbereich, Aushänge in öffentlichen Gebäuden und Zeitungsartikel aufgerufen, alle Goldsachen und Juwelen auf dem »Altar des Vaterlandes« zu opfern.²⁵ (Abb. 3) In der Leipziger Zeitung erschien am 24. Juni 1916 ein erster Aufruf, in dem Sinn und Zweck der Aktion erläutert und die Errichtung von Goldankaufsstellen angekündigt wurde.²⁶ Dafür wurden vielerorts in Schulen, Rathäusern und Schlössern Goldankaufsstellen mit bestimmten Ankaufszeiten eingerichtet. Auch im Grassimuseum für Kunsthandwerk war 1916 im Lesesaal der Bibliothek eine Goldankaufsstelle eingerichtet worden, die

24 StA-L, 20029 Amtshauptmannschaft Oschatz, Bl. 47.

25 Ebd., Bl. 81.

26 Leipziger Zeitung vom 24. Juni 1916 (2. Beilage, Abendausgabe), S. 1603.



Abb. 4: Ehrenurkunde mit Bestätigung der Ablieferung von Goldschmuck von 1917 (private Sammlung)



Abb. 5: Eiserne Erinnerungsmedaille für die Abgabe von Goldschmuck nach einem Entwurf von Hermann Hosaeus von 1916, Vorder- und Rückseite, links zu einer Schmuckbrosche verarbeitet (private Sammlung)

bis April 1917 Bestand hatte.²⁷ Dort stellten Sachverständige den Wert der Schmuckgegenstände fest und zahlten dem Einlieferer den vollen Wert in Papiergeld aus. Ab einem Goldwert von fünf Mark wurden kleine Urkunden sowie eine vom Bildhauer Hermann Hosaeus gestaltete Eisengussmedaille als Erinnerungstück ausgegeben. (Abb. 4) Alternativ dazu waren auch schon zuvor und weiterhin freiwillige Spenden von Goldschmuck unter dem Motto »Gold gab ich für Eisen« im Zuge einer propagandistisch inszenierten Rückbesinnung auf die Befreiungskriege von 1813 erfolgt. Als materielle Anerkennung erhielten die Spender wie 1813 tragbaren Eisenschmuck. Nicht zuletzt wegen der Spezifik der »Opfergaben« wurden jetzt gezielt auch die Frauen in den Aufrufen angesprochen.²⁸ Dabei wurde eine »rückhaltlose Opferfreudigkeit« als Dienst am Vaterland gegen »mancherlei herumschleichende Anzweiflungen« eingefordert, um »unseren Feinden entgegenzutreten und unseren Fahnen den Endsieg zu wahren«.²⁹ Viele Frauen ließen sich wohl auch unter einem gewissen gesellschaftlichen Druck als äußeres Zeichen ihres Goldopfers für das Vaterland mitunter die Erinnerungsmedaille als Kettenanhänger oder Brosche umarbeiten oder trugen stolz den ersatzweise ausgege-

27 Vgl. 125 Jahre Museum für Kunsthandwerk Leipzig Grassimuseum. Die Museumschronik. Von den Anfängen bis zum Jahr 1929, aufbereitet von Olaf Thormann, Leipzig 2003, S. 113–116.

28 StA-L, 20462 Rittergut Lobstädt, Nr. 230, Bl. 176.

29 Ebd.